



Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern bei erneuerbaren Energien führend

Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern bei erneuerbaren Energien führend

DIW Berlin untersucht und vergleicht Anstrengungen und Erfolge der Bundesländer im Bereich erneuerbarer Energien
Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern sind im Bereich der erneuerbaren Energien die führenden Bundesländer. Das ist das Ergebnis des Bundesländervergleichs, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in Kooperation mit dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) und der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) nach den Jahren 2008, 2010 und 2012 zum vierten Mal erstellt hat. Am Ende der Rangliste stehen Berlin, Nordrhein-Westfalen und das Saarland. "In Bayern ist der Ausbau erneuerbarer Energien insgesamt am weitesten fortgeschritten, obwohl die Windenergie dort noch relativ wenig genutzt wird", sagt Jochen Diekmann, stellvertretender Leiter der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin und Koordinator der Studie. "Baden-Württemberg zeichnet sich durch vorbildliche energiepolitische Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien aus, während Mecklenburg-Vorpommern die größten technologie- und wirtschaftspolitischen Erfolge verbuchen kann."
60 Indikatoren aus vier Kategorien fließen in die Bewertung ein
Für den Bundesländervergleich haben die Forscher insgesamt 60 Indikatoren aus vier Kategorien herangezogen. Diese messen die politischen Anstrengungen und Erfolge im Hinblick auf die Nutzung erneuerbarer Energien sowie den technologischen und wirtschaftlichen Strukturwandel. Neben amtlichen Statistiken und Verbandsdaten stützt sich die Analyse auch auf Befragungen von Länderministerien und Fachverbänden.
Die Rangfolge der Länder in den einzelnen Kategorien ist sehr unterschiedlich. So besetzt Bayern zwar in der Kategorie der Erfolge bei der Nutzung erneuerbarer Energien die Spitzenposition; bei den Anstrengungen zur Nutzung erneuerbarer Energien liegt der Freistaat jedoch lediglich im Mittelfeld. Dies liegt unter anderem an restriktiven Abstandsregeln für Windkraftanlagen. "Auch Bundesländer, die weit vorne im Ranking gelandet sind, dürfen in ihren Anstrengungen nicht nachlassen", bekräftigt AEE-Geschäftsführer Philipp Vohrer, der die Studie in Auftrag gegeben hat. "In allen Regionen Deutschlands bestehen noch große Potenziale zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien. Das gilt für sämtliche Technologien, sei es Wind, Sonne oder Biomasse."
Unter den in der Gesamtbewertung führenden Ländern konnten Bayern, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ihre Platzierungen gegenüber 2012 verbessern. Mecklenburg-Vorpommern hat seine Punktzahl in den Jahren 2008 bis 2014 kontinuierlich gesteigert und ist damit vom Mittelfeld in die Führungsgruppe vorgeedrungen. Brandenburg und Schleswig-Holstein hingegen sind gegenüber dem Bundesländervergleich aus dem Jahr 2012 zurückgefallen. Unter den Schlusslichtern konnten Hessen und Hamburg aufsteigen, während Nordrhein-Westfalen und das Saarland abgestiegen sind. "Gerade bei diesen Ländern ist jedoch eine differenzierte Betrachtung nötig", so Vohrer. "Über dem Gesamtranking sollte nicht vergessen werden: Bei vielen der insgesamt 60 Einzelindikatoren der Studie sind auch einzelne Länder, die im Schnitt nicht ganz so weit vorne abschneiden, durchaus führend."
Bundesländer sollten ihre Handlungsmöglichkeiten stärker nutzen
Die Bundesländer sollten sich in ihren Energieprogrammen ambitionierte Ziele setzen, die mit regionalen Potenzialen und bundesweiten Zielen abgestimmt sind, fordern die Studienautoren. Insbesondere bei der Raumplanung und dem Baurecht hätten die Länder Handlungsspielräume. "Die Bundesländer spielen bei der Energiewende eine wichtige Rolle", so Diekmann. "Letztlich bestimmen sie über die zur Verfügung stehenden Flächen für erneuerbare Energien und die Bedingungen, unter denen Anlagen gebaut werden dürfen." Sie sollten sich außerdem für die zunehmend wichtiger werdende Systemintegration von Wind- und Solarstrom einsetzen. Zudem sollten sie Forschung und Bildung sowie die Ansiedlung von Unternehmen unterstützen. Dies bietet nicht zuletzt auch die Gelegenheit, die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende für sich zu nutzen.

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
Sebastian Kollmann
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Telefon: +49-30-897 89-249, -252 oder -250
Telefax: +49-30-897 89-200
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-174-183-5713
presse@diw.de
 www.diw.de
facebook.com/diw.de
twitter.com/DIW_Berlin

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.